

Handelsverband Baden-Württemberg

Handel fordert Entlastungspaket

Dienstag, 30.08.2022

Aufgrund der massiv steigenden Energiepreise schlägt der Einzelhandel in Baden- Württemberg Alarm. Wie eine aktuelle Umfrage des Handelsverbandes Baden- Württemberg (HBW) ergab, haben sich die Energiekosten bei Händlerinnen und Händlern seit Jahresbeginn um durchschnittlich 138% gesteigert.

Händlerinnen und Händler, die aktuell neue Strom- oder Gasverträge abschließen wollen, finden oft keine Anbieter mehr und falls doch, dann nur zu horrenden Preisen. Während die Ausgaben in die Höhe schießen, sinken die Einnahmen weiter. Der aktuelle Konsumklima-Index zeigt ein Rekordtief in der Verbraucherstimmung und die Tendenz geht noch weiter nach unten.

Im Schnitt verschlechterten sich die Gewinne der Händlerinnen und Händler in der Kalenderwoche 34 dieses Jahres um 23% im Vergleich zur Kalenderwoche 34 des Jahres 2019 und um 21% im Vergleich zur Kalenderwoche 34 des vergangenen Jahres.

„Der Handel befindet sich aktuell im dauerhaften Krisenmodus. Kurzfristig muss es nun darum gehen, dass die massiv gestiegenen Energiekosten nicht zu Arbeitsplatzverlusten und Geschäftsschließungen führt. Hierzu braucht der Handel schnellstmöglich staatliche Unterstützung, analog zum Energiekostendämpfungsprogramm des Bundes. Es muss nun darum gehen, Mittelstand und Handel deutlich zu entlasten. Sollte das dritte Entlastungspaket, das aktuell in Berlin konzipiert wird, nichts für den Mittelstand enthalten, so muss das Land zwingend seinen mittelständischen Handelsunternehmen helfen. Dabei kann es aber nicht nur um Härtefallregelungen oder ähnliche Beschränkungen gehen, wie wir sie in den letzten beiden Jahren erfahren haben. Hier muss die ganze Branche profitieren“, sagte Sabine Hagmann, Hauptgeschäftsführerin des HBW.

Neben der kurzfristigen Entlastung der Händlerinnen und Händler gilt es auch mittelfristig Rahmenbedingungen bei der Stromerzeugung zu vereinfachen, so dass sich Händlerinnen und Händler nach Möglichkeit autark versorgen können. Dezentrale Energieerzeugung darf nicht daran scheitern, dass sie zu teuer ist oder dass bürokratische Hürden für den Mittelstand unüberwindbar sind.

„Mittelfristig benötigt der Handel auf der einen Seite Unterstützung in Form von Förderprogramme, beispielsweise für den Bau von eigenen Photovoltaikanlagen, um sich versorgungstechnisch unabhängig zu machen. Hier muss auch gewährleistet sein, dass Photovoltaikmodule verfügbar sind und keine langen Wartezeiten entstehen. Auf der anderen Seite müssen dringend bürokratische Hürden abgeben. So darf beispielsweise die Einspeisung von Strom nicht daran scheitern, dass Händlerinnen und Händler bei großer Energieerzeugung direkt einem Energieunternehmen gleichgestellt und mit nicht erfüllbaren bürokratischen Voraussetzungen geplagt werden. Auch Genehmigungsverfahren müssen massiv beschleunigt werden, um die Situation zumindest mittelfristig zu entspannen“, so Hagmann weiter.

Handel fordert Entlastungspaket